
Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 6
Datum 19. Oktober 2016

53 1.601. Budget
Budget 2017

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Eintreten auf das Geschäft ist gemäss Geschäftsordnung des GGR vorgegeben. Auch hier zum Vorgehen: Nach den Voten der GPK und des Gemeinderates wird das Wort zuerst für eine allgemeine Runde für die Fraktionen und danach für die Ratsmitglieder offen sein. Anschliessend wird im Detail das blaue Heft diskutiert. Danach nehmen wir das grüne Dossier, "Produktedefinition/Produktbudget 2017, Sekundarstufe I" und zum Schluss die Abstimmungsbotschaft durch.

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): Die GPK bedankt sich für die saubere und verständliche Vorbereitung des Geschäftes. Zum Bericht und Antrag: Die Fachausdrücke in Englisch, wie zum Beispiel Management Summary, true and fair view, erscheinen störend. Wir bitten, darauf zu verzichten.

Gemeinderat Kurt Jörg (SVP): Auch beim Budget möchte ich nicht allzu lange reden. Sie haben es sicher studiert. Wir schliessen mit einem Defizit von fast Fr. 800'000.00 ab. Das ist schlecht. Auch die Abschlussprognose ist schlecht, allerdings nicht ganz so schlecht, wie prognostiziert. Was nennenswert ist: Sie haben bei den Steuereinnahmen eine Steigerung, das zeigt die letztjährige Abschlussprognose. Bei den Einkommenssteuererträgen, dort sind es Fr. 75'000.00. Das zeigt das gute Abbild der Wirtschaft und die Zunahme der Bevölkerung von der ein Teil Eigentumswohnungen erwirbt. Ansonsten ist einer der Gründe die Wirtschaft, die wohl doch nicht ganz so rosig ist.

Die Aufgabenüberprüfung habe ich schon erwähnt. Die Spezialfinanzierungen sind auch wieder aufgeführt. Halten wir uns einfach vor Augen, dass es so nicht weitergehen kann. Nur dank der soliden Finanzlage der letzten Jahre kann das so akzeptiert werden, mit Blick auf 2018.

Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderates, dem Budget zuzustimmen.

Karin Walker (EVP) tritt um 20.15 Uhr der Sitzung bei. Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Das Wort ist offen für die allgemeine Runde.

Markus Hadorn (BDP): Alle Jahre wieder Budgetdebatte und alle Jahre wieder ein Defizit, ausser für 2018, wenn der Erlös Betagtenheim einfliesst. Für das saubere und aufwändig präsentierte Geschäft danken wir der Verwaltung und Finanzverwalter David Portner ganz herzlich. Wir haben das Budget genauer angeschaut und im ersten Moment auch den Rahmen bewertet. Er hat sich geändert, als wir im Finanz- und Investitionsplan gelesen haben, dass sich das Defizit gegenüber dem letzten Finanzplan 2016 bis 2020 pro Jahr zwischen Fr. 200'000.00 und Fr. 300'000.00 verschlechtert hat. Kurz vor unserer Sitzung haben wir erfahren, dass sich die Abschlussprognose für die Rechnung 2016 um nochmals fast Fr. 500'000.00 auf 1,5 Mio. Franken verschlechtern soll. Das kann doch nicht sein. Jeder von uns würde dies privat nicht akzeptieren, wenn in den nächsten fünf Jahren jedes Jahr schlechter wäre. Ausser eben die Verschönerung 2018. Den Erlös aus dem Verkauf Betagtenheim hätte man sowieso nicht ins Budget stellen dürfen. An jeder Herbstsitzung halten wir den Mahnfinger auf, dass gespart werden soll. Wir hätten vom Gemeinderat erwartet, dass

es möglich ist, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren und wenn man die Steuern nicht anheben will, halt die Ausgaben senken muss. Darum stimmen wir dem Budget heute so nicht zu.

Marcel Remund (FDP): Wir befassen uns mit Zahlen, aber auch mit den Inhalten. Denn die muss man hinter den Zahlen eben auch verstehen. Ich bedanke mich im Namen der FDP-Fraktion beim Finanzverwalter und seinem Team für die wie immer sehr gute und transparente Darstellung des Budgets und für die Abschlussprognose.

Was wir aus den Zahlen herauslesen, ist alles andere als erfreulich. Auch im nächsten Jahr plant die Gemeinde mit einem Defizit in der Laufenden Rechnung und kann die Investitionen nur mangelhaft selber finanzieren. Die gleichen Feststellungen mussten bereits in den Vorjahren gemacht werden. Auch der Blick in den Finanzplan zeigt keine Besserung auf. Das strukturelle jährliche Defizit in der Erfolgsrechnung des Steuerhaushaltes liegt ohne Gegenmassnahmen in den Jahren 2017 - 2021 bei über 1 Mio. Franken. Von Einmaleffekten wie dem Verkauf des Betagtenheims sollte man sich nicht blenden lassen. Sie verschaffen zwar etwas Zeit, so dass die Finanzschulden nicht weiter ansteigen und das Eigenkapital geäufnet werden kann. Nachhaltig ist dies jedoch nicht.

Wir anerkennen, dass mit der internen Aufgabenüberprüfung ein erster wichtiger Schritt gemacht wurde. Die daraus resultierenden Einsparungen von Fr. 95'000.00 sind jedoch bescheiden. Dies weist darauf hin, dass mit kleineren Massnahmen die Defizite nicht beseitigt werden können. Daher liegt es an der Politik, eine Verzichtsplanung von selbst gewählten Gemeindeaufgaben an die Hand zu nehmen.

Die grössten Ausgabenposten, Soziale Sicherheit und Bildung, wachsen ungebremst weiter. Der Einfluss der Gemeinde ist in diesen Bereichen aufgrund übergeordneter Vorgaben klein. Aber trotzdem ist, speziell in der wirtschaftlichen Sozialhilfe, der noch vorhandene Handlungsspielraum konsequent zugunsten der Gemeindekasse zu nutzen.

Steuererhöhungen kommen für die FDP nicht in Frage. Um die Steuererträge zu erhöhen, sind vielmehr Rahmenbedingungen zu verbessern, um neues Steuersubstrat zu generieren. Die Schaffung von neuem attraktivem Wohnraum sollte zum Beispiel nicht weiter durch langwierige Einsprachen behindert werden.

Da die SP vorher Werbung für ihr Referendum "Steuerreform" gemacht hat, möchte ich erwähnen, dass es nicht die internationalen Konzerne sind, die entlastet werden. Deren Steuerniveau bleibt dank der Reform etwa gleich hoch. Vielmehr werden die Kleinen entlastet, davon können sicher auch einige in Zollikofen profitieren. Die Auswirkungen auf die Gemeindekasse wird man sehen, das muss dann der Kanton umsetzen. In die richtige Richtung geht die Senkung der Wassergebühren. Die Reserven der Spezialfinanzierungen sollten nicht höher als rund 50 % des betreffenden Jahresumsatzes sein. In der Spezialfinanzierung Wasser wäre daher sogar eine höhere Gebührensenkung vertretbar gewesen.

Die FDP-Fraktion wird trotz den düsteren Aussichten dem Budget 2017 zustimmen. Damit ist die Erwartung verbunden, dass Massnahmen zur Ausgaben senkung baldmöglichst umgesetzt werden können.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Wir diskutieren über das Budget 2017 und nicht über darüber, Steuergeschenke zu haben oder nicht zu haben.

Hans-Jörg Rhyn (SP): Wenn nur die Kleinen profitieren, wird es ja in Zollikofen nicht so schlimm werden.

Zum Budget: Die nach wie vor aktuelle Einführung des neuen Rechnungsmodells bringt viele materielle Neuerungen, insbesondere bei den Abschreibungen. Darüber wurden wir letztes Jahr orientiert und wir haben mit einer ausserordentlichen Abschreibung von 5 Mio. Franken auf dem Verwaltungsvermögen damals schon die zehn kommenden Erfolgsrechnungen entlastet, mit jährlich einer halben Million kleinerer Abschreibungen.

Die Laufende Rechnung, das voraussichtliche Ergebnis 2016 und das Budget 2017 zeigen schon heute, wie wichtig diese Massnahme gewesen ist. Der Weitsicht des Finanzverwalters und dem rechtzeitigen Antrag des Gemeinderates sei Dank! Selbstverständlich sei auch jenen Ratsmitgliedern gedankt, die im letzten Herbst der Abschreibung zugestimmt haben.

Der Bericht und Antrag zum heutigen Geschäft zeigt die Anstrengungen des Gemeinderates und der Verwaltung auf, im nächsten Jahr möglichst ein gutes und zumindest akzeptierbares Budgetergebnis zu erreichen. Das Budget ist in der Verwaltung, in der Finanzkommission und im Gemeinderat mehrmals "gestrahlt" worden. Die Beträge, die dabei gefunden und gestrichen werden konnten, sind zwar nicht unwichtig, aber im Verhältnis zu Gesamtausgaben von 47 Mio. Franken doch eher bescheiden. Dazu kommt, dass im Budget auch das Ergebnis der internen Aufgabenüberprüfung enthalten ist. Sie hat über 200 detaillierte Vorschläge ergeben, die vom Gemeinderat geprüft und bewertet worden sind. Das Budget 2017 ist damit um Fr. 95'000.00 verbessert worden. Die weitergehende Prüfung ist noch im Gang. Unter diesen Voraussetzungen verzichtet die SP-Fraktion in der Detailberatung auf Anträge. Wir schliessen uns den Ausführungen des Gemeinderates auf den Seiten 10 und 11 des Berichtes vollumfänglich an und stimmen seinen Anträgen ebenso vollumfänglich zu. Das Budget 2017 ist tragbar und kann genehmigt werden. Eine Ablehnung würde die finanzielle Lage und die wirtschaftliche Umgebung nicht verändern.

Marceline Stettler (GFL): Im Prüfungsbericht der Treuhandgesellschaft konnte ich folgendes lesen: *„Das Rechnungswesen der Einwohnergemeinde wird umsichtig und sorgfältig geführt und befindet sich insgesamt auf einem hohen Qualitätsniveau“*. Im Namen der GFL bedanke ich mich bei den betreffenden Mitarbeitern und Verantwortlichen. Auch die Anpassung auf HRM 2 ist aus unserer Sicht ohne nennenswerte Probleme über die Bühne gegangen. Schön, ein Votum mit positiven Information beginnen zu können. Auch unsere Fragen wurden zackig beantwortet.

Ich habe noch mehr Positives gelesen, nämlich in der Botschaft unter Punkt 20: *"Die Gemeinde Zollikofen verfügt über eine intakte Finanzlage. Die Finanzkennzahlen, welche einen Gradmesser der Finanzlage darstellen, weisen in der Vergangenheit im mehrjährigen Durchschnitt genügende Werte auf. Diese vergangenheitsbezogenen Aussagen dürfen jedoch mit der künftigen Entwicklung des Finanzhaushaltes nicht gleichgesetzt werden, welcher weiterhin sorgsam zu beobachten ist."*

Bei einem zu erwartenden Defizit von rund 1,3 Mio. Franken ist „sorgsam beobachten“ aus unserer Sicht etwas gar sorgsam ausgedrückt. Unsere finanzielle Lage ist düster! Sicher haben wir auch mehr Substanzielles von der Aufgabenüberprüfung erhofft und wir wissen auch, dass der Verkaufserlös des Betagtenheims helfen wird, Löcher zu stopfen. Trotzdem sind wir der Meinung, dass die Bevölkerung sachlich und klar informiert werden sollte über die Tatsache. Wir leben auf zu grossem Fuss. Zu dieser Erkenntnis sind wir bereits vor einem Jahr gekommen. Irgendeinmal wird uns dieser Satz einholen. Die GFL wird dem Budget trotzdem zustimmen, jedoch ohne Begeisterung.

Markus Burren (SVP): Wir danken den Verfassern für das sauber abgefasste Budget. Sie haben es gehört: Fr. 70'000.00 Mehreinnahmen bei den Steuern und ein Defizit von knapp Fr. 800'000.00. Das sind Fakten. Bekanntlich lassen sich so schlechte Zahlen nicht gutreden. Besonders wenn man die Abschlussprognose 2016 mit einem prognostizierten Defizit von 1,3 Mio. Franken miteinbezieht.

Zur Erinnerung an all die Prediger, die sagen: "Wir können nichts machen, unsere Ausgaben steigen einfach". Mehrausgaben werden hauptsächlich durch Vorstösse hier im Parlament ausgelöst. Oder bei den Kommissionen. Dort wo man das Gefühl hat, hier oder da seien noch 1'000 Franken möglich. Dort fängt es an mit den Ausgaben. Im GGR 500 Franken streichen zu wollen, bringt nichts. Schauen Sie bei den Kommissionen genauer hin. Die SVP-Fraktion wird dem vorliegenden Budget zustimmen.

Toni Oesch (fdU): In der Botschaft an die Stimmberechtigten heisst es, *"Die Rechnungsabschlüsse der Vorjahre haben den Finanzhaushalt auf eine solide Basis gestellt"*. Das ist nur eine Momentaufnahme. Die Vergangenheit muss genauer angeschaut werden. Zur künftigen Finanzlage wird gesagt *"diese ist weiterhin sorgsam zu beobachten"*. Wir meinen, "zueluege" genügt nicht, handeln ist wichtig. Zum Finanzplan sagt der Gemeinderat, dass in den Planjahren bei gleichbleibenden Aufwandüberschüssen eine Steuererhöhung nicht auszuschliessen sei.

Einige Aussagen zur Vergangenheit: Die Überabschreibung von 5 Mio. Franken Ende 2015 war ein Verstoß gegen die Kontinuität in der Rechnungslegung. Dadurch ist nicht nur die Vergleichsbasis gestört worden, sondern auch ein sachlich gerechtes Handeln. Dieses Handeln bezieht sich zum Beispiel auf den gewollten Verkauf von Bauland in der Schäferei und auf den tatsächlichen Verkauf des Betagtenheims inklusive Land. Man hat mit diesen 5 Mio. Franken das Eigenkapital unnötig reduziert. Dann hat man die Verkäufe tätigen müssen, damit man es wieder aufstocken konnte. Ich habe hier im GGR Kurt Jörg gefragt, was der Gemeinderat mit dem Geld im Sinn hat. Die Antwort war: "Wir legen es ins Eigenkapital". Man kann aber diese Annahme umkehren: Der Verkauf ist schon lange vorbereitet und einem möglichen Käufer versprochen worden. Dann hat man den Verkauf ausschreiben müssen. Danach hat sich noch eine Organisation gemeldet, die für Lernende das Haus erwerben wollte und sogar noch 1 Mio. Franken mehr geboten hat. Aber die hat man leerlaufen lassen. Jetzt wird viel Cash erwartet und dadurch wird sich das Eigenkapital erhöhen. So beschliesst man noch rasch einen Kunstgriff, nämlich eine Überabschreibung von 5 Mio. Franken, um das Eigenkapital zu senken. Der Gemeinderat schreibt unter Ziffer 9.2 zum Finanzplan, dass die Höhe des Eigenkapitals kein primäres Ziel für die Steuerung des Finanzhaushaltes ist. Das ist vor nicht langer Zeit anders gewesen. Man hat immer darauf geachtet, Reserven zu äufnen, auch bei Steuersenkungen.

Zum Verkauf unseres Betagtenheims: Wenn die Stimmberechtigten im Jahr 2016 über den Verkauf hätten abstimmen können, wäre er abgelehnt worden, nicht nur wegen der falschen Versprechungen bezüglich dem Ersatz an der lärmigen Bernstrasse. Aber man hat das Volk umgangen. Der GGR hätte es in der Hand gehabt, eine Korrektur der Abstimmung vom Jahr 2010 zu vollziehen.

Damals wurde die Einheit der Materie verletzt, der Verkauf einerseits und die Delegation an den GGR andererseits. Aber von Regierungsratshalter Christoph Lerch, SP, ist das genehmigt worden. Das wäre unter den Regimes der Regierungsratshalter Frey, Hubacher und Zimmermann anders gewesen.

Zum wohnlichen Zollikofen gehört auch die Wiederherstellung der direkten Demokratie, das heisst, obligatorische Volksabstimmungen bei Ein- und Umzonungen und bei Verkauf von Gemeindeland und -immobilien. Ein Verkauf ist kurzfristig, die Abgabe von Land im Bau-recht dagegen, garantiert gute Erträge und zwar für mehrere Generationen. Dieser Verkauf erinnert mich an die Fabel von La Fontaine wie sie früher im Schullesebuch stand, nämlich "La cigale et la fourmi": Dort fragt vor dem Winter die ausgehungerte Grille die arbeitsame Ameise: "Kannst Du mir Korn geben?". Da fragt die Ameise zurück: "Was hast Du den ganzen Sommer gemacht?". "Ich habe getanzt"; "Also, tanz nur weiter" antwortet die Ameise. Für Zollikofens Finanzen abgeleitet heisst das ungefähr: Das teuer und mit viel Fleiss erworbene Silberbesteck wird "vergänglich", das Geld verbraucht, über die Verhältnisse gelebt und nachher werden die Steuern heraufgesetzt. Zur Wohnlichkeit gehören gesunde Finanzen und -aussichten. Einige Bemerkungen zum Bericht und Antrag:

Seite 1: Änderung der Abschreibungspraxis ab dem Jahr 2016: Das war dringend nötig, weil die bisherige Praxis Abschreibung vom Buchwert investitionshemmend gewesen ist.

Seite 3: Abschreibung des Verwaltungsvermögens per 1.1.2016: Der Gemeinderat hat sich für eine Abschreibungsdauer von 10 Jahren entschieden. Gesetzlich möglich wären 16 Jahre, wie dies zum Beispiel Köniz anwendet. In Zollikofen würde das eine Budgetverbesserung von Fr. 500'000.00 pro Jahr ausmachen. Das ist eine bewusste Verschlechterung unserer Finanzlage und sowieso eine Spinneridee, dass Schulhäuser, das Gemeindehaus, Strassen und so weiter innert 16 Jahren nichts mehr wert sein sollen.

Seite 4: Hier wird der Übergang von HRM1 auf HRM2 beschrieben. In der dritten Spalte des blauen Budgetheftes sind nur die Budgetzahlen des Jahres 2015 aufgeführt. Das führt zu falschen Entscheiden bezüglich des Budgets 2017, weil für 2016 auch nur die Budgetzahlen aufgeführt werden. Begründet wird dieses Vorgehen mit einem unverhältnismässigen Aufwand. Das ist kaum verständlich, weil sogar die Zahlen des Budgets 2015 nach dem Kontenplan des HRM2 aufgeführt sind. Wenn diese Arbeit einer Treuhandgesellschaft übergeben worden wäre, wäre das in einem Tag erledigt gewesen. Wenn man die richtige Basis zum Vergleich heranziehen will, muss man im roten Heft des Abschlusses 2015 diese Zahl suchen.

Seite 5: Erfreulich wäre, wenn der Sach- und Betriebsaufwand im Jahr 2017 gegenüber 2016 tatsächlich um 3,8 % abnehmen würde. Darin sind Exkursionen erwähnt. Frage: Um Welche handelt es sich?

Seite 6: Die Ergänzungsleistungen EL machen 2,32 Mio. Franken aus. Die neue Finanzierung der Betreuung und Pflege der Betagten spielt hier eine Rolle. Mit der Erhöhung der Taxen zugunsten der Heimbetreiber müssen mehr Bewohner höhere EL beziehen, also Steuergelder. Zum System des Lastenausgleichs: Es muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass auch der Kantonsanteil unsere Steuern betrifft. Viele meinen immer noch, Aufgaben wie die Sozialhilfe, Kinder- und Jugendarbeit, Kindertagesstätte, Alimentenwesen und weitere würden uns nichts kosten.

Seite 7: Ab 1. Januar 2017 wird unser Betagtenheim von der Senevita AG betrieben. Dadurch erhalten wir Fr. 125'000.00 mehr im Jahr als bis jetzt, also total Fr. 362'000.00 ohne einen Finger zu rühren. Die Senevita gehört seit März 2014 der französischen, börsennotierten Orpea-Gruppe. Die vielen freiwilligen Helfer werden dann für die Aktionäre dieser Gruppe arbeiten.

Seite 9: Da wird darauf hingewiesen, dass eine Zunahme der Wohnbevölkerung sich kostensteigernd auf die verschiedenen Lastenverteilungssysteme auswirkt, wie zum Beispiel an den direkten Finanzausgleich. Das muss man denen sagen, die ein Wachstum unserer Bevölkerung von 8 % gemäss Ortsplanung wünschen, mit Verdichtung in den Wohnquartieren zur unwohnlichen Stadt.

Seite 10: Die Abschlussprognose für 2016 zeigt statt eines Defizits von Fr. 850'000.00 ein solches von 1,3 Mio. Franken. Das ohne Gewähr.

Seite 11: Eine interne Aufgabenüberprüfung habe im 2016 stattgefunden. Ins Budget 2017 seien dabei Einsparungen von Fr. 95'000.00 eingeflossen. Das ist eine Alibi-Übung. Eigentlich sollte eine ASP durchgeführt werden, eine Ausgaben- und Strukturüberprüfung, wie wir sie schon mehrmals angeregt haben und wie sie beim Kanton und vielen Gemeinden durchgeführt worden ist. Dazu braucht es die Legislative und zugezogene Fachleute.

Finanzverwalter David Portner: Die Exkursionen betreffen die Bildung und hier die Primarschule. Es sind mehr Lager geplant. Die Sekundarschule hat einen Grossanlass, der ebenfalls gewisse Auswirkungen auf das Budget 2017 hat.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Wir kommen zur Detailberatung, das ist das blaue Heft.

Toni Oesch (fdU): Seite 9, Konto 1110.4170.01: 2015 waren dort Fr. 9'600.00 Einnahmen. Wenn man aber im roten Büchlein schaut, waren es Fr. 19'440.00. Ich frage den Gemeinderat, ob er jetzt keine Kontrollen mehr machen will, keine Blitzlichter mehr bei den Autos? Schade, dass hier 2016 die effektiven Zahlen nicht aufgeführt sind. Auf diese Frage hätte ich gerne eine Antwort.

Gemeinderat Edi Westphale (GFL): Radarbussen gehen nicht in die Gemeindekasse, die Kantonspolizei verteilt die Bussen und das Geld fliesst dort in die Kasse. Wir haben keine Gemeindepolizei mehr, also auch keine Einnahmen von dieser Seite her. Die hier dargestellten Einnahmen betreffend den ruhenden Verkehr, also zum Beispiel beim Freizeithaus, wo blaue Zone ist, dort überprüft die Securitas. Das werden wir weiterhin aufrechterhalten.

Toni Oesch (fdU): Ich bin nicht einverstanden. Haben wir denn so viel weniger Bussen erteilt? Ich finde es zudem nicht in Ordnung, dass der Kanton auf unseren Quartierstrassen einkassiert.

Gemeinderat Edi Westphale (GFL): Im Grossen Rat ist die Revision des Polizeigesetzes im Gange. Ein grosses Thema dort sind die Radarkontrollen. Und bei uns werden nicht weniger Kontrollen gemacht, es wird eher defensiv budgetiert. Aber es gibt auch einen Lerneffekt: Wer eine Busse bekommt, wird das Auto eben vielleicht nicht mehr falsch oder zu lange parkieren. Anders gesagt: Vielleicht greift einfach auch die Kontrolle.

Michael Fust (SP): Seite 14, Konto 2181, Schulferienbetreuung: Bei den Erläuterungen und Kommentaren wird darauf hingewiesen, dass das Angebot nur sehr spärlich genutzt wird. Gleichzeitig gab es eine Bedürfnisabklärung, rund 30 % der Familien mit schulpflichtigen Kindern meldeten Bedarf an. Da gibt es eine Diskrepanz. Dafür gibt es sicher mehrere Gründe: Die Kosten sind vermutlich für manche Eltern zu hoch. Ein anderer Grund könnte sein, und hier rede ich aus meiner Erfahrung als dreifacher Vater, die fehlende Planbarkeit. Wenn man bis kurz vorher nicht weiss, ob ein Betreuungsangebot zustandekommt, nützt es nichts. Man braucht Planungssicherheit und schwenkt sonst auf etwas anderes um. Darum finde ich es schade, dass in der Projektphase keine Justierungen vorgenommen wurden, zumal festgestellt wurde, dass es nicht so funktioniert hat, wie die Bedürfnisabklärung ergeben hat.

Bruno Vanoni (GFL): Seite 16, Konto 2991, Erwachsenenbildung. Es fällt auf, dass im Budget 2016 in verschiedenen Rubriken ein Loch klafft. Zusammengezählt sind bei der Erwachsenenbildung noch Fr. 7'500.00 eingestellt, 2015 waren es Fr. 13'440.00, das sind rund Fr. 5'000.00 weniger. Im Kommentarbüchlein liest man zum Thema Erwachsenenbildung nichts. Was sind das für Streichungen? Was ist hier betroffen? Diese Streichung geschah im Rahmen der Aufgabenüberprüfung: Ist es eine grössere oder eher kleinere Streichung?

Gemeinderätin Sabine Huber (FDP): Es stimmt, im Rahmen der Aufgabenüberprüfung hat man darauf verzichtet, dass die Kommission eigene Kurse durchführt, weil man festgestellt hat, dass die Kijufa fast das selbe macht. Der grösste Betrag, der wegfällt, ist der Regenbogenflyer mit dem Angebot der Volkshochschule, er wurde jeweils in die Haushalte verteilt. Eine Gemeinde ist ausgestiegen und der Flyer ist sehr teuer. Weil die Post nach Wohnorten oder Postleitzahl aussortiert werden muss, kostet das massiv mehr. Wir werden versuchen, die Kurs-Publikationen im Mitteilungsblatt Zollikofen erscheinen zu lassen.

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): Seite 23, Konto 6150.3141.01, Unterhalt Strasse, Verkehrswege: Im Jahr 2017 sollen zehn Einlaufschächte saniert werden. Um die Grössenordnung zu erfahren, möchte die GPK wissen, wieviele hundert Einlaufschächte es in der Gemeinde gibt, wir haben noch keine Antwort erhalten.

Gemeinderat Peter Traber (SP): Die Gemeinde hat insgesamt 750 Einlaufschächte und diese zehn, die budgetiert wurden, sind ein Erfahrungswert.

Toni Oesch (fdU): Seite 30, unterste Zeile, Konto 9, Finanzen und Steuern: Wenn Sie die unterste Zahl im Budget 2015 anschauen, ist der Saldo rund 19,5 Mio. Franken. Aber im roten Büchlein sind es 14,2 Mio. Franken. Es stimmt also nicht. Auf Seite 31, 9102.4021.01, Liegenschaftssteuern: Dort sind die Grünen sicher enttäuscht, sie hatten einmal einen Vorstoss gemacht. Dort haben wir Liegenschaftssteuern von nur 1,8 Mio. Franken. Die Grünen wollten viel mehr. Eine Frage an den Gemeinderat: Weiss man, wann die Neuschätzungen der amtlichen Werte in der Gemeinde Zollikofen kommen? Wurde das bei der Finanzplanung berücksichtigt?

Gemeinderat Kurt Jörg (SVP): Die Liegenschaftssteuern sind im Finanz- und Investitionsplan nicht berücksichtigt. Gemäss Gemeindepräsident und Grossrat Daniel Bichsel wurde das Geschäft im Grossen Rat verschoben. Alles ist unklar und wir wissen weder, wann es behandelt wird, noch wann wir das berücksichtigen können.

Finanzverwalter David Portner: Es wurde noch die Frage bei Funktion 9 gestellt, wegen den 14 oder 19 Mio. Franken. Beim Nettoaufwand haben wir zusätzliche Abschreibungen von 5 Mio. Franken gemacht im 2015. Sie sind logischerweise in der blauen Broschüre im Jahr 2015 nicht berücksichtigt worden. Neu werden die Abschreibungen in der Funktion vorgenommen und nicht mehr gesammelt in Funktion 9.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Bitte nehmen Sie das grüne Dossier (Produktedefinition / Produktbudget 2017; Sekundarstufe I) zur Hand. Das Wort wird nicht verlangt. Somit haben wir die Detailberatungen abgeschlossen und kommen zu den Schlussabstimmungen. Wir stimmen zuerst über Buchstabe B ab. Es geht hier um die Produktedefinition für den NPM-Bereich Sekundarstufe I. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Stimmen müssen deshalb ausgezählt werden.

Beschluss (36 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

B) Unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

Die Produktedefinition für den NPM-Bereich Sekundarstufe I (HRM-Kontengruppe 2130) für das Jahr 2017 einschliesslich des damit verbundenen Nettoaufwandes für das Jahr 2017 von Fr. 347'280.00 werden, unter Vorbehalt der Zustimmung der Stimmberechtigten zum Budget 2017, genehmigt.

Beschluss (29 Ja, 7 Nein, 0 Enthaltungen)

C) Zu Handen der Volksabstimmung:

1. Für das Jahr 2017 werden die Steueranlagen wie folgt festgesetzt:
 - a) Ordentliche Steueranlage: Das 1,40fache der gesetzlichen Einheitsansätze
 - b) Liegenschaftssteuern: 1,0 ‰ des amtlichen Wertes
2. Das Budget der Erfolgsrechnung für das Jahr 2017 wird genehmigt.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Somit kommen wir nun zur Beratung der Botschaft.

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): Die GPK dankt für den verständlichen Entwurf. Die Botschaft ist für die Bevölkerung und die Aussagen müssen deshalb korrekt sein. Aufgrund des gedrängten Zeitplans sind noch redaktionelle Fehler möglich. Für die Schlussredaktion ist nach dem GGR das Ratsbüro zuständig.

Toni Oesch (fdU): Was gut ist, muss man unterstützen und was schlecht ist, bekämpfen, das ist ein Prinzip. Auf Seite 2, die letzte Kolonne Rechnung: Das ist saubere Arbeit. Warum war das im blauen Heft nicht möglich?

Rudolf Gerber (SP): Seite 3: Im Kapitel "Was bringt das Budget 2017?" wird prominent an erster Stelle erwähnt, dass die meisten gemeindeeigenen Dienstleistungen weitergeführt werden. Wenn man hinten sucht, findet man aber nichts. Also sollte hinten ein Hinweis stehen, was weggelassen werden soll.

Bruno Vanoni (GFL): Das ist ein Punkt zu dem ich mich gerne äussern möchte und der mich dazu gebracht hat, einen Ergänzungsantrag zum Text auf Seite 2 zu stellen. "Weiterführung der meisten gemeindeeigenen Dienstleistungen". Ich habe beim Lesen der Botschaft alles vergessen, was vorher diskutiert wurde. Wenn ich den letzten Abschnitt auf Seite 3, linke Spalte unten lese und mich in die Lage des Stimmbürgers versetze, der die Vorgeschichte nicht kennt, wirkt dieser Abschnitt eigenartig. Man hat den Eindruck, dass das Defizit von Fr. 800'000.00 einfach mit Schulterzucken zur Kenntnis genommen wird. Dem ist aber nicht so. Wir wissen, dass wegen der guten Ausgangslage der Finanzen das Defizit vertreten werden kann. Weil eben die Einnahmen des Verkaufs Betagtenheim beschlossen sind. Wir wissen auch, dass wir dieses Defizit vertreten können, weil wir versucht haben, zu sparen. Ich glaube, es ist meines Erachtens das erste Mal, dass der Gemeinderat bei den Budgetkorrekturen weiter gegangen ist als die Finanzkommission, er hat eine grössere Verbesserung erreicht. Wir wissen auch, dass eine Aufgabenüberprüfung eine kleine Verbesserung gebracht hat. Das muss man der Bevölkerung sagen. Nicht erst jetzt, wo aus drei Parteien Nein-Stimmen gekommen sind und im Hinblick auf die Budget-Abstimmung noch interessanter werden könnte als heute Abend hier drinnen. Die Botschaft ist unvollständig und sollte ergänzt werden. Ich habe heute Nachmittag einen Vorschlag gemacht, ich lese ihn gerne vor. Der unterste Abschnitt auf Seite 3 könnte folgendermassen ergänzt werden: *"Der budgetierte Saldo der Erfolgsrechnung (Defizit von circa*

0,8 Mio. Franken) ist aus Sicht der zuständigen Gemeindebehörden angesichts der bisher guten Finanzlage der Gemeinde und der 2018 erwarteten Einnahmen aus dem beschlossenen Verkauf des Betagtenheims (13,8 Mio. Franken) vertretbar. Die vom Gemeinderat begonnene Aufgabenüberprüfung hat zudem ergeben, dass kurzfristig keine weitere Reduktion des Fehlbetrags mehr möglich war. Immerhin hat die Aufgabenüberprüfung im Budget 2017 zu Einsparungen von rund Fr. 95'000.00 geführt, beispielsweise im Bereich der Eltern- und Erwachsenenbildung." Mein Antrag ist, den Text der Zeile 42 anzuschliessen.

Marco Bucheli (SVP): Auf Seite 2 des Botschaftsentwurfs steht, dass man genauere Informationen auf der Verwaltung beziehen kann. Der Entwurf besteht bereits aus 19 Seiten, das stösst mir etwas auf. Die Bevölkerung wird kaum alle Seiten durchlesen wollen, in diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Wir haben also zwei Anträge; der eine betrifft Zeile 11, der andere gilt ab Zeile 42. Wir stimmen entweder über die einzelnen Punkte ab oder wir nehmen es vom Büro entgegen und flechten es ein.

Hans-Jörg Rhyn (SP): Ich schlage einen Kompromiss vor. Man kann das erste Lemma, "Weiterführung der meisten gemeindeeigenen Dienstleistungen" weglassen. Der zweite Punkt ist wichtig, weil es hier auch schon geheissen hat, man hätte gar nichts unternommen. Entweder nimmt man die Erklärungen auf, wie es Bruno Vanoni gesagt hat oder man streicht das erste Lemma. Aber man kann es auch dem Büro überlassen.

Marcel Remund (FDP): Ein Rückkommen auf Seite 2. In der Tabelle ist der Finanzierungssaldo mit -4'081 Mio. Franken ausgewiesen, im blauen Büechli steht "Finanzierungsergebnis -4'056 Mio. Franken". Ist das eine Fehlüberlegung?

Finanzverwalter David Portner: Das muss ich anschauen.

Philip Steiner (SP): Ich habe das schon an der letzten Budgetdebatte gesagt: Es wäre gut, wenn man mit einer Fussnote die Begriffe HRM1 und HRM2 erklären könnten. Das würde dem Leser helfen.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Somit haben wir auf Seite 3 den Antrag von Bruno Vanoni. Die Bereinigung der Botschaft wird im Büro passieren. Wenn Sie der Meinung sind, dass der Antrag sinngemäss so aufgenommen werden kann, erheben Sie die Hand. Das ist die Mehrheit. Der erste Satz bleibt drin und wir machen noch eine Fussnote betreffend HRM.

Toni Oesch (fdU): Seite 6, Zeile 65 bis 75 betreffend Vergünstigung der Abonnementsgebühr. Ich mache einen Vorschlag, keinen Antrag. Es würde die Stimmbürger vielleicht interessieren, ob wir hier Geld gebraucht haben. Wieviel der Restbestand Spezialfinanzierung beträgt. Er betrug am 31. Dezember 2015 4,973 Mio. Franken. Das könnte man hinzufügen.

Bruno Vanoni (GFL): Seite 10, linke Spalte, Zeile 34: Dort wird eine Investitionstätigkeit für Sanierung/Neubau Aufbahrungshalle erwähnt. Wenn wir aber heute Abend so beschliessen, wie beantragt, muss man "Neubau" streichen.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Das werden wir morgen entsprechend ergänzen. Damit sind wir am Ende der Beratung. Ich frage an, ob Sie einverstanden sind, den Botschaftsentwurf mit den nötigen Bemerkungen, die das Büro aufnehmen wird, zu akzeptieren?

Beschluss (mehrheitlich)

A) In eigener Kompetenz:

Der Botschaftsentwurf wird genehmigt.

Die Sitzung wird von ca. 21.15 – 21.30 Uhr unterbrochen.

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE